Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Telegramm-Adresse: Volksfreund Schneeberg.

Fernsprecher: Schneeberg 31. Aue 25. Schwarzenberg 19.

Amtsblatt für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg und Wildenfels.

Nr. 144 | Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Abonnement vierteljährlich 1 Mark 80 Pfg. Inserate werden pro 6gespaltene Zeile mit 10 Pfg., im amtlichen Theil die 3gespaltene Zeile mit 30 Pfg., Reklamen die 3gespaltene Zeile mit 25 Pfg. berechnet; tabellarischer, außergewöhnlicher Satz nach erhöhtem Tarif. | **Mittwoch, 24. Juni 1896.** Post-Zeitungsliste Nr. 2180. | Inseraten-Aufträge für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis Vormittag 11 Uhr. Eine Gewähr für das Erscheinen der Aufträge an den vorgeschriebenen Tagen, sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben. Unverlangte Aufsätze nur gegen Vorausbezahlung, für welche eingesandter Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verbindlich. | 49. Jahrgang.

Der Rittersgrün-Antonsthaler Communicationsweg in Abtheilung 51 f des Crandorfer Staatsforstreviers wird bis auf Weiteres für den Verkehr **gesperrt** und Letzterer auf den alten Communicationsweg verwiesen.

Schwarzenberg, am 20. Juni 1896.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Frhr. von Wirsing.
W.

Auf dem die Firma **H. Listner** in Klösterlein betreffenden Fol. 48 des Handelsregisters für Neustädtel, Aue und die Dorfschaften ist heute verlautbart worden, daß der Sitz der Firma von Klösterlein nach Zelle verlegt und daß dem Kaufmann Herrn Richard Gotthold **Listner** in Zelle Procura ertheilt worden ist.

Schneeberg, den 18. Juni 1896.

Königliches Amtsgericht.
Müller.
N.

Gras = Versteigerung.

Die diesjährige Grasnutzung von Kunstwiesen der **Staatsforstreviere Auersberg** und **Wildenthal** soll

Dienstag, den 30. Juni 1896

und zwar:

a) **vom Forstrevier Auersberg,** lit. a (Götz- und Prügnerwiese), lit. b (Rockstrohwiese), lit. c (Männelwiese) und lit. d (Schießplatzwiese), sowie der Wiesenfläche lit. m.
— **Zusammenkunft:** früh 8 Uhr am Brännelsbächel. —

b) **vom Forstrevier Wildenthal,** die Fläche lit d am Forsthause
— **Beginn vormittags halb 12 Uhr** —

an Ort und Stelle **gegen sofortige Bezahlung** und unter den vor Beginn der Auktion bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Königliche Forstrevierverwaltungen Auersberg in Eibenstock und Wildenthal, sowie Königliches Forstrentamt Eibenstock,
am 20. Juni 1896.

Lehmann. Uhlmann. Gerlach.

Holz = Versteigerung auf dem Staatsforstrevier Johanngeorgenstadt.

Im Rathskeller in Aue sollen

Donnerstag, den 2. Juli 1896, von vorm. 1/2 9 Uhr an,

folgende in den Abtheilungen 50 (Schlag) 50, 71, 72, 73, 74, 75, 77, 78, 79, 80 und 81 (Bruch und dürr) aufbereitete **Nutz-** und **Brennhölzer** und zwar:

5043	Stück	w. **Klötzer** von	7—15 cm Oberstärke,	3,5, 4,0 u. 4,5 m lang,
4570	„	„ „ „	16—22 „ „	
4133	„	„ „ „	23—51 „ „	
8	„	buch. „ „	16—43 „ „	
205	Rm.	w., 1 Rm. h. **Brennscheite,**		
86	„	„ **Brennknüppel,**		
62	„	„ 3 „ „ **Brennäste,**		

unter den vor Beginn der Auktion bekannt zu machenden Bedingungen, versteigert werden.

Königliche Forstrevierverwaltung Johanngeorgenstadt und Königliches Forstrentamt Eibenstock,
am 23. Juni 1896.

Teich. Gerlach.

Klotz- und Schleifhölzer-Licitation.

Vom Stadtrathe St. Joachimsthal wird verlautbart, daß am

Dienstag, den 30. Juni, 10 Uhr Vormittags

die in den städtischen Forsten theils geplätzt, theils geschält erliegenden Rundhölzer, und zwar:
circa 35 000 St. Schleifhölzer 3,5 und 3,0 m lang mit circa 1400 m,
„ 6 000 „ Klötze 3,0 und 4,0 „ „ „ „ 1200 „

partienweise im öffentlichen Licitationswege hieramts verkauft werden, wozu Kauflustige mit dem Beifügen eingeladen werden, daß die Licitationsbedingungen hieramts eingesehen werden können.

Stadtrath St. Joachimsthal, am 20. Juni 1896.

Der Bürgermeister.
Franz Rauscher.

Die Präsidentschaftskampagne in Amerika.

Soweit eine Voraussage möglich erscheint, ist die Wahl Mac Kinleys zum Präsidenten der Vereinigten Staaten im November gesichert. Wie gemeldet, hat die republikanische Nationalkonvention in St. Louis das vom Resolutionsausschusse entworfene Programm mit einer Mehrheit, 812 zu 110 Stimmen, angenommen und Mac Kinley erst mit einer erdrückenden Mehrheit und sodann auf einen besonderen Beschluß hin sogar einstimmig zum Kandidaten für die Präsidentschaft gewählt. Als Vicepräsident wurde Horbart aus New-Jersey aufgestellt. Hierauf vertagte sich die Konvention auf unbestimmte Zeit. Mac Kinley hat diesen großen Erfolg in erster Reihe seinem „Manager" oder politischen Geschäftsführer Mark Hanna zu danken, der unermüdlich für ihn thätig war. Hanna ist ein alter geriebener Politiker, der schon einmal den Präsidenten Garfield glücklich durch eine Präsidentschaftscampagne lootste. Wie Mac Kinley ist Hanna im Staate Ohio ansässig, er ist ein Millionär, dem die halbe Stadt Cleveland gehört, außerdem besitzt er Bergwerke und Dampfschiffe, ein Theater und eine Zeitung. Das in seinen Hauptzügen bereits bekannte Programm der republikanischen Partei enthält Beschlüsse von der schwerwiegendsten Bedeutung, in erster Reihe die Schutzzollfrage und die Beibehaltung der Goldwährung. In dieser Beziehung sagt es:

„Die wahre amerikanische Politik, welche die auswärtigen Produkte besteuert, die heimische Industrie ermuthigt, die Last der Bundeseinnahmen auf auswärtige Waaren wirft, die amerikanischen Märkte den amerikanischen Produzenten erhält, die amerikanischen Löhne wahrt, die Fabrik ebenso begünstigt wie die Farm, den amerikanischen Farmer immer unabhängiger macht von ausländischer Nachfrage und ausländischen Preisen und allgemeine Wohlfahrt verbreitet, muß fortgesetzt werden .... Wir treten gegen den jetzigen Tarif auf und verlangen einen gerechten Tarif auf ausländische Einfuhren, die mit amerikanischen Produkten konkurriren, der nicht nur genügende Einnahmen für die nothwendigen Regierungsausgaben abwirft, sondern zugleich den amerikanischen Arbeiter vor dem Herabsinken in die Löhne anderer Länder sichert. Wir sind nicht auf ein bestimmtes Schema hin verpflichtet. Die Höhe der Sätze richtet sich nach der Lage und der Erzeugung. Unser unverrückbarer Grundsatz ist Schutz und Entwickelung der Arbeit und Industrie. Das Land verlangt eine Ordnung dieser Fragen. Die republikanische Partei erneuert ihr Versprechen, alle amerikanischen Industrien gegen den ausländischen Wettbewerb zu schützen, und drückt ihre Ueberzeugung aus, daß die Ueberlegenheit der Vereinigten Staaten von Amerika unter den Nationen das Ergebniß einer solchen Politik sein wird. Wir glauben an liberale Gegenseitigkeit und gerechte Beziehungen und verlangen die Anwendung dieser goldenen Regel des Handels in Zukunft auf alle Gesetze, die Zoll und ausländischen Handel angehen. Wir glauben, daß die Aufhebung der von der letzten republikanischen Regierung abgeschlossenen, auf Gegenseitigkeit beruhenden Handelsverträge ein nationales Unheil war, und verlangen deshalb ihre Erneuerung und Ausdehnung auf solcher Grundlage, daß die Handelsbeziehungen gerecht und billig und die Beschränkungen, die jetzt den Absatz der amerikanischen Produkte in den Häfen Europas hindern, beseitigt werden, die den Erzeugnissen von Farmen, Wäldern und Fabriken neue Märkte verschaffen, und wir verlangen unterschiedliche Zölle zum Aufbau einer Kauffahrteiflotte. Die republikanische Partei erklärt sich ohne Reserve für gesundes Geld. Sie veranlaßte den Erlaß eines Gesetzes zur Wiederaufnahme der Baarzahlungen im Jahre 1879, und seit der Zeit ist jeder Dollar so gut wie Gold gewesen. Wir sind unabänderlich gegen jede Maßnahme, die darauf ausgeht, unsere Währung zu verschlechtern oder den Kredit unseres Landes zu verringern. Wir sind deshalb gegen die freie und unbegrenzte Silberprägung, es sei denn, daß ein internationales Abkommen zwischen den bedeutendsten handeltreibenden Nationen der Welt getroffen ist. Ein solches fördern wir. Bis ein solches Abkommen zu erlangen ist, muß die jetzige Goldwährung aufrecht erhalten werden, und all unser Silber und Papiergeld muß zu pari gegen Gold einlösbar sein. Wir begünstigen alle Maßregeln, die dazu dienen, die Verpflichtungen der Vereinigten Staaten unverletzlich und all unser Geld dem Gelde der erleuchtetsten Nationen der Erde gleichwerthig zu machen."

In politischer Beziehung empfiehlt das Programm bekanntlich den Ankauf der dänischen Inseln in Westindien, damit die Vereinigten Staaten auf den Antillen eine Flottenstation erhalten könnten, da ein dringendes Bedürfniß hierzu vorliege. In Betreff der Frage der Monroe-Doktrin erklärt das Programm, daß die gegenwärtigen Besitzungen der europäischen Mächte auf der westlichen Halbkugel unter keinen Umständen erweitert werden dürfen. Das Programm drückt ferner die lebhafte Hoffnung aus, den eventuellen Rückzug aller europäischen Mächte aus Amerika zu sehen, und spricht sich schließlich rückhaltlos zu Gunsten der Unabhängigkeit Cubas aus.

Angesichts dieses Parteiprogramms kann man sich der Ueberzeugung kaum verschließen, daß, wenn die Republikaner aus der Präsidentschaftswahlcampagne als Sieger hervorgehen sollten, in dem Verhältnisse Europas zu Amerika ein tiefgehender grundsätzlicher Umschwung nur noch eine Frage kurz bemessener Frist sein dürfte. Der leitende Gesichtspunkt des republikanischen Programms läßt sich kurz und bündig in die Worte zusammenfassen: Amerika den Amerikanern. Deshalb nimmt in ihren politischen Theorien die Monroe-Doktrin denn auch den Ehrenplatz ein. Ihr muß sich alles andere unterordnen. Daß Amerika von Europa aus entdeckt, besiedelt, kultivirt und zu seiner jetzigen Höhe wirthschaftlicher und geistiger Entwickelung emporgehoben worden ist, wird von den Verfassern des Programms schlankweg übersehen. Wenn alles nach ihren Wünschen ginge, so wäre der vollständige Rückzug Europas vom amerikanischen Boden schon jetzt vollzogene Thatsache. Als wünschenswerthes Endziel der künftigen geschichtspolitischen Entwickelung wird aber das Verschwinden jeglicher Spur europäischer Herrschaft vom transatlantischen Kontinente mit unzweideutigen Worten ausgesprochen. Darum soll Cuba den Spaniern durch das Mittel der Anerkennung der dortigen Insurgenten als kriegführende Macht aus den Händen gewunden, darum sollen den Dänen ihre westindischen Besitzungen gegen klingende Münze abgekauft und zur Errichtung einer amerikanischen Flottenstation verwendet werden, wofür nach dem Dafürhalten der Verfasser des Programmes ein „dringendes Bedürfniß" vorliegt. Die Herren glauben offenbar, mit Spanien als einer Macht zweiten Ranges wenig Umstände nöthig zu haben, auch die Art, wie sie über den dänischen Kolonialbesitz in Westindien verfügen, zeugt nicht von besonderem Zartgefühle diesem kleinen Staatswesen gegenüber. Andere mächtigere europäische Nationen, denen man selbst beim besten Willen ihre amerikanische Position nicht mir nichts dir nichts unter den Füßen wegziehen kann, werden nicht namentlich aufgeführt; auch weiß man in Europa ja nicht erst seit heute oder gestern, welche Verwirrung die Monroe-Doktrin in den Köpfen transatlantischer Politiker zumal dann anrichtet, wenn es sich um wahltaktischen Stimmenfang handelt. Da kommt es den Drahtziehern auf ein gehöriges Maß landsmännischer Ueberhebung nicht im mindesten an, sie scheuen sich nicht, Theorien aufzustellen, die bei dem geringsten Versuche zu ihrer praktischen Verwirklichung Amerika in Krieg mit einem Vierteldutzend europäischer Mächte zugleich verwickeln müßten. Wenn also die Aufschneidereien des Yankeethums auch nicht tragischer genommen werden sollten, als sie verdienen, so darf das doch vorausschauende Politiker nicht blind machen gegen die Thatsache, daß jenseits des Atlantic der Drang, sich von Europa thunlichst zu befreien, riesige Fortschritte macht. Selbst von der eigentlichen Politik zunächst abgesehen, wäre es schon eine ungewöhnlich ernste Wendung, wenn die Vereinigten Staaten unter der Präsidentschaft eines Mac Kinley das schutzzöllnerische Regime bis zum Aeußersten des Abwehrsystems ausbildeten. Europa im allgemeinen und Deutschland im besonderen würde die Folge einer solchen Absperrung des amerikanischen Marktes für die Erzeugnisse der diesseitigen Industrien sehr bald und sehr empfindlich am eigenen Leibe spüren. Wenngleich nun bei der Unberechenbarkeit amerikanischer Verhältnisse der Sieg der Republikaner noch nicht als sicher prophezeit werden soll, so liegt er doch nahe genug, um Europa schon jetzt die Pflicht ans Herz zu legen, sich auf den Einzug Mac Kinleys ins Weiße Haus allen Ernstes vorzubereiten.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— In gestriger (111.) Sitzung des **Reichstages** wurde zunächst das Anleihegesetz in dritter Berathung angenommen. Die Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuchs wird bei den §§ 604—608, Dienstvertrag, fortgesetzt. Abg. Stadthagen begründet die hierzu gestellten sozialdemokratischen Anträge, welche diese Bestimmungen vollständig umgestalten sollen. Nachdem Redner namentlich den sozialdemokratischen Prinzipalantrag, statt Dienstvertrag „Arbeitsvertrag" zu setzen, in sehr langer Ausführung empfohlen, erwidert Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Struckmann, indem er eine Darlegung der Verbesserungen des Entwurfs gegenüber den geltenden Bestimmungen des Dienstvertrages und des Gesinderechts giebt. Man könne das Dienstverhältniß des Gesindes nicht mit dem Verhältniß des gewerblichen Arbeiters zu seinem Arbeitgeber vergleichen, da in ersterem der familienrechtliche Charakter berücksichtigt werden müsse. Abg. Gröber (Z.) hält die